



Baden-Württemberg.de

📅 06.09.2018

SCHULE

Maßnahmenpaket gegen Lehrermangel zeigt Wirkung



Bisher konnte das Land 5.000 von 5.700 Lehrerstellen besetzen. Besonders groß ist der Bedarf nach Grundschullehrkräften. Das reguläre Einstellungsverfahren läuft noch bis 30. September 2018. Die Schulverwaltung arbeitet mit Hochdruck daran, die derzeit offenen Stellen noch zu besetzen.

Zum neuen Schuljahr 2018/19 hat das Land Baden-Württemberg rund 5.700 unbefristete Lehrerstellen an den öffentlichen allgemein bildenden und beruflichen Schulen zu besetzen. Darin sind über 600 Stellen enthalten, die im letzten Jahr nicht besetzt werden konnten. Bislang konnten knapp 5.000 Stellen besetzt werden. Darüber hinaus ergibt sich dieser enorme Einstellungsbedarf auch in diesem Jahr zum größten Teil aus dem hohen Ersatzbedarf von circa 4.100 Stellen, der insbesondere durch Pensionierungen entsteht.

Gute Chancen für flexible Bewerber

„Wer flexibel ist und sich auch auf eine andere Schulart einlässt, hat gute Perspektiven auf eine unbefristete Stelle im Schuldienst. Wir suchen immer noch Lehrkräfte für die Grundschulen, dafür gerne auch Gymnasiallehrkräfte, aber auch Lehrerinnen und Lehrer für weiterführende Schulen in weniger gut versorgten Regionen“, sagt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann. Das reguläre Einstellungsverfahren läuft noch bis 30. September 2018. Aber auch danach werden noch Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. „Auch in diesem Jahr lassen wir nichts unversucht, um dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Die Schulverwaltung arbeitet mit Hochdruck daran, die derzeit offenen Stellen noch zu besetzen“, so Eisenmann.

Aktuell gibt es noch etliche Bewerberinnen und Bewerber, die noch kein Einstellungsangebot angenommen haben, darunter 230 mit dem Lehramt Grundschule. Das Kultusministerium hat in den vergangenen Monaten mehrfach alle registrierten Bewerberinnen und Bewerber, die noch kein Einstellungsangebot angenommen haben, angeschrieben, um auf die offenen Stellen und die damit verbundenen guten Einstellungschancen in ländlichen Regionen hinzuweisen. Zuletzt hat das Ministerium alle 2.300 Bewerber ohne Stellen in einer persönlichen Postkarte dazu aufgerufen, sich auf noch offene Stellen an Grundschulen oder auch auf Vertretungen in Realschulen oder Gemeinschaftsschulen zu bewerben. „Wir könnten zahlreiche Stellen problemlos besetzen, wenn wir Bewerberinnen und Bewerber hätten, die flexibel und mobil sind, aber das geografische Beharrungsvermögen von Junglehrern ist erstaunlich“, sagt Ministerin Eisenmann.

Vor diesem Hintergrund arbeitet die Schulverwaltung auch mit befristeten Verträgen, die vielerorts – auch noch nach Schuljahresbeginn – zur Lösung beitragen. Rund 2.000 Personen stehen aktuell im landesweiten Vertretungspool für den Einsatz zur Verfügung. „Um hier einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen, ermöglichen wir in Mangelregionen erstmals Verträge für Elternzeitvertretungen, die sich über zwei Schuljahre und damit auch über die kommenden Sommerferien erstrecken“, sagt die Ministerin.

Versorgung aller Landesteile erfordert konsequentes Handeln

Die Lage auf dem Bewerbermarkt ist bundesweit angespannt. Im Land stellt sich die Situation nicht einheitlich dar, da Stellen in ländlichen Regionen über alle Schularten hinweg weiterhin weniger nachgefragt werden. Wie bereits im Jahr 2017 zeichnet sich erneut ein Bewerbermangel in den Lehrämtern Grundschule, Sonderpädagogik sowie erstmals regional im Lehramt Werkreal-, Haupt- und Realschule ab.

„Um hier eine Versorgung des Pflichtunterrichts sicherzustellen, braucht es nicht nur große Anstrengungen und Kreativität. Wir müssen erneut zu Maßnahmen wie Versetzungen greifen“, sagt die Ministerin. Eine gleichmäßige Unterrichtsversorgung aller Schulen im Land erfordert, dass das Land Lehrkräfte aus gut versorgten Regionen gezielt in Regionen abordnet oder versetzt, in denen der Lehrermangel besonders stark ist. Bis dato wurden knapp 1.500 Personalbewegungen

– Versetzungen und Abordnungen – zugunsten schwächer versorgter Regionen vorgenommen, dabei wurde auch schulartübergreifend gearbeitet. In mehr als 60 Fällen sind Versetzungen aus dienstlichen Gründen ausgesprochen worden. Diese Maßnahme kann allerdings nur bei Lehrkräften umgesetzt werden, die bereits unbefristet im Schuldienst sind.

Vom Instrument der Versetzung wird die Schulverwaltung künftig stärker Gebrauch machen müssen. „Damit schaffen wir freie Stellen an attraktiveren Orten für Junglehrer, die nirgends sonst hinwollen. Das ist ungerecht, aber es geht nicht anders. Bei den Neubewerbern können wir leider nur appellieren und werben, auch für weniger gut versorgte Regionen aufgeschlossen zu sein. Deshalb brauchen wir dringend ein stärkeres Bewusstsein, dass nicht jede junge Lehrkraft an ihrem Wunschort eine Stelle finden kann“, sagt die Ministerin.

Intensives Arbeiten an Lösungen

Die starke Bevorzugung bestimmter Einstellungsbezirke durch die Bewerberinnen und Bewerber hat dazu geführt, dass es in Regionen wie Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg noch Bewerber im Lehramt Grundschule ohne ein festes Einstellungsangebot gibt, während in anderen Regionen des Landes noch Stellen zur Besetzung frei sind, etwa in den Landkreisen Rottweil, Tuttlingen und im Schwarzwald-Baar-Kreis. „Hier arbeiten wir mit den Verantwortlichen vor Ort noch intensiv an Lösungen“, so Eisenmann.

Auch kooperiere die Schulverwaltung in diesen Regionen mit den Arbeitsagenturen. Lehrerinnen und Lehrer, die sich arbeitslos melden, bekommen von der Arbeitsagentur Stellen in zumutbarer Entfernung angeboten. Daneben hat es Gespräche zwischen Schulleitungen und Schulverwaltung zur Klassenbildung gegeben, um im Einzelfall zugunsten stabiler Verhältnisse vor Ort Klassen auch über dem Teiler zu bilden. Aufgrund des in einigen Regionen besonders stark ausgeprägten Lehrermangels blieb auch in diesem Jahr mancher Beurlaubungswunsch unerfüllt. Es wird dabei immer im Einzelfall abgewogen. Bei dringendem dienstlichem Interesse waren auch sogenannte Teilzeitanträge aus sonstigen Gründen nach sorgfältiger Einzelfallprüfung abzulehnen.

Weitere Planungsmängel der Vergangenheit machen sich bemerkbar

Bei der Lehrereinstellung im vergangenen Jahr führte die Umstellung der Lehramtsstudiengänge im Jahr 2011 und die dadurch bedingte Verlängerung der Studienzeit des Grundschullehramts von sechs auf acht Semester dazu, dass 400 Grundschullehrkräfte weniger auf den Arbeitsmarkt kamen als üblich. Vorsorge wurde im Gegenzug nicht geschaffen. Dieses Versäumnis hat im Wesentlichen dazu geführt, dass über 600 Stellen im vergangenen Jahr nicht besetzt werden konnten, ein Problem, das sich bis heute durchzieht.

In diesem Jahr macht sich die Umstellung der Lehramtsstudiengänge im Jahr 2011 erneut bemerkbar. Erstmals überhaupt fehlen im Lehramt Werkreal-, Haupt- und Realschule regional rund 300 Bewerberinnen und Bewerber. Dies ist erneut dem Effekt geschuldet, dass diese Studiengänge ab dem Jahr 2011 von sechs beziehungsweise sieben auf acht Semester verlängert

wurden, ohne dies durch geeignete Maßnahmen abzufedern. Bei den Fachlehrkräften fällt zum kommenden Schuljahr der komplette Absolventenjahrgang aus, was sich auf die Versorgung im Bereich Sonderpädagogik und Inklusion auswirkt. Hier fehlen circa 120 Personen, da im Jahr 2015 beschlossen wurde, die Ausbildungsdauer zum Schuljahr 2016/2017 von zwei auf drei Jahre zu verlängern, ohne für eine Kompensation zu sorgen. „Dies schlägt nur deshalb nicht in vollem Maß durch, weil die Anwärterinnen und Anwärter des aktuellen Ausbildungsjahrgangs im letzten Ausbildungsabschnitt eigenständigen Unterricht übernehmen und somit tatkräftig die Unterrichtsversorgung stärken“, sagt Ministerin Eisenmann.

Mehr Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen

Im neuen Schuljahr stehen an den Grundschulen insgesamt 1.650 Stellen für die Einstellung zur Verfügung. Dieser Stellenanzahl stehen 1.100 Bewerber mit einer Lehrbefähigung für die Grundschule gegenüber. Um den weitergehenden Bedarf zu decken, hat das Kultusministerium zum neuen Schuljahr sein Konzept zur Einstellung von Gymnasiallehrern an Grundschulen noch attraktiver gestaltet und zum Beispiel mit einer späteren Einstellungszusage im gymnasialen Lehramt versehen. Insgesamt konnten damit rund 200 Gymnasiallehrkräfte für die Grundschulen gewonnen werden. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich damit fast siebenmal so viele Bewerber für diese Option entschieden. Allerdings liegt die Zahl an potenziellen Bewerbern fast um ein Zehnfaches höher. „Unser Angebot an Gymnasiallehrkräfte ist attraktiv. Und davon profitieren nicht nur die Lehrkräfte, sondern insbesondere auch die Grundschulen. Die Schulen bekommen exzellent ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die sich für die Arbeit an Grundschulen weiterqualifizieren und sich dort für einige Jahre binden“, so Eisenmann.

Lehrkräfte stocken Stunden auf und Pensionäre springen ein

Auch in diesem Jahr hat das Kultusministerium wieder um die Mithilfe von Pensionären, Lehrkräften vor dem Ruhestand und teilzeitbeschäftigten Lehrkräften gebeten. In vielen Regionen sind Lehrerinnen und Lehrer diesem Aufruf gefolgt. „Durch das Engagement dieser Lehrerinnen und Lehrer konnten wir vor Ort gezielt Lücken schließen. Für ihre Bereitschaft zur Mithilfe bin ich ihnen sehr dankbar“, betont Eisenmann. Alleine bei den Grund- und Werkrealschulen haben rund 600 Lehrkräfte einen Antrag auf Teilzeiterhöhung gestellt. Dies kommt der Unterrichtsversorgung mit mehr als 60 Stellen zu Gute. Insgesamt stärken an Grund-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen 860 Lehrkräfte durch ihre Aufstockung die Unterrichtsversorgung im Umfang von knapp 100 Deputaten. Über alle Schularten hinweg haben mehr als 1.500 Lehrkräfte einen Antrag auf Teilzeiterhöhung gestellt und mit insgesamt 250 Stellen den Unterricht an ihren Schulen gesichert. Gegenüber 2017 waren dies gut 200 Lehrkräfte mehr.

Rund 330 angehende Pensionäre haben ihre reguläre Altersgrenze freiwillig hinausgeschoben. Darüber hinaus hat die Schulverwaltung bis Anfang September bereits mehr als 320 Verträge im Umfang von über 100 Deputaten mit Pensionären abgeschlossen, die sich in den Vorbereitungsklassen, im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO) oder im Vertretungsunterricht engagieren.

Berufliche Schulen: Intensives Werben um Fachkräfte

Durch eine frühzeitige und umfassende Präsenz auf dem Lehrkräftemarkt und auf Jobbörsen im Internet sowie durch gezielte Ausschreibungen auf der landeseigenen Seite [Lehrer-Online-BW](#) ist es gelungen, die an den beruflichen Schulen verfügbaren rund 1.000 Stellen (einschließlich der Stellen für den Unterricht im VABO) nahezu vollständig zu besetzen. Die noch als offen gemeldeten Stellen entfallen zu einem großen Teil auf den Bereich der Sprachförderung; hier wurden 50 Stellen des gesamten Kontingents im Voraus als Steuerungsreserve für einen möglichen, steigenden Bedarf im Laufe des Schuljahres reserviert.

„Wie bereits im vergangenen Jahr haben wir intensiv um Fachkräfte geworben, um so früh wie möglich Direkteinsteiger aus der freien Wirtschaft sowie die begehrten Bewerber mit beruflichen und naturwissenschaftlichen Lehrbefähigungen zu gewinnen“, erklärt Eisenmann. Für den Direkteinstieg an beruflichen Schulen konnten bis dato mehr als 160 Personen aus der Wirtschaft gewonnen werden. „In den beruflichen Schulen setzen wir zum Teil gezielt auf die Direkteinsteiger, da hier die berufliche Vorerfahrung in der freien Wirtschaft – beispielsweise im Maschinenbau oder der Elektrotechnik – im Unterricht eine besondere Rolle spielt.

Von den Kenntnissen dieser Direkteinsteiger können die Schülerinnen und Schüler unmittelbar profitieren, gerade weil sie den Hintergrund einer Berufsausbildung, eines Ingenieurstudiums und der praktischen Erfahrung aus dem beruflichen Alltag mitbringen“, so Eisenmann. Bei den Grundschulen hingegen hat sich das Land bewusst dagegen entschieden, den hohen Lehrerberarf durch Quereinsteiger ohne pädagogische Erfahrung zu kompensieren.

Weiterhin 1.165 zusätzliche Stellen für Unterricht zugewanderter Schüler

Die 565 Stellen für den Unterricht in Vorbereitungs- und VABO-Klassen, die mit einem „künftig wegfallend“-Vermerk zum 1. August 2018 versehen waren, wurden mit Zustimmung des Finanzministeriums um zunächst ein Jahr verlängert. Aus diesem Kontingent fließen den beruflichen Schulen rund 240 Stellen für die Einstellung zu.

Für den Unterricht zugewanderter Kinder und Jugendlicher stehen somit weiterhin alle 1.165 zusätzlichen Stellen zur Verfügung. Da die Schülerzahlen in den Eingangsklassen rückläufig sind, können diese Stellen nun gezielt für eine zusätzliche, begleitende Sprachförderung in den Regelklassen, zielgruppenspezifische Angebote sowie zusätzliche Stunden in Vorbereitungsklassen und im VABO genutzt werden.

Mehr Lehrer und weniger Pensionäre

In den Jahren 2011 bis 2015 wurden die Bedarfszahlen für das Grundschullehramt von 1.450 auf knapp 1.000 Studienanfängerplätze gekürzt. „Diese Entscheidung haben wir mit Blick auf die in

den Grundschulen steigenden Schülerzahlen zurückgenommen“, sagt Susanne Eisenmann. Sie hat in Absprache mit der Wissenschaftsministerin die Zahl der Studienplätze auf den alten Höchststand von 1.450 Studienanfängerplätzen angehoben.

„Damit haben wir die Weichen dafür gestellt, dass wir künftig wieder eine solide Ausgangsbasis haben und sich die Situation auf dem Lehrerarbeitsmarkt wieder entspannen kann. Doch wir haben die Entwicklung genau im Blick und werden auf einen steigenden Lehrerberarf mit einer weiteren Erhöhung der Studienplätze reagieren“, so Eisenmann. Auch die künftig wieder moderateren Pensionierungszahlen würden perspektivisch für Entspannung auf dem Lehrerarbeitsmarkt sorgen.

„Nachdem die Zahl der Pensionäre im vergangenen und auch im aktuellen Jahr eine Rekordmarke erreicht hat, erwarten wir nun eine Trendwende“, so Eisenmann. Zuletzt lag der reine Ersatzbedarf bei 4.500 (2017) und 4.100 (2018) Stellen. Für das Jahr 2019 rechnet das Land mit einem Ersatzbedarf von 3.650 Stellen und von 3.250 Stellen für das Jahr 2020. Auch hier kommen jeweils die Stellen hinzu, die im Vorjahr nicht dauerhaft besetzt werden konnten. „Das Grundproblem, das wir hier mitziehen, ist schlicht und einfach die mangelhafte Planung der vergangenen Jahre. Weder wurde auf steigende Geburtenzahlen und damit steigende Schülerzahlen reagiert, noch war die Verlängerung der Lehramtsstudiengänge durchdacht. Deshalb müssen wir mit unserem Maßnahmenpaket zur Lehrerversorgung diese Lücken auffangen und schrittweise abarbeiten, bis sich die Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt durch unsere Weichenstellungen wieder entspannt“, hebt Ministerin Susanne Eisenmann hervor.

Überblick für die einzelnen Lehrämter

Lehrämter / Stellen 2018 / Bereits besetzte Stellen (01.09.2018)

- Grundschulen / 1.6500 / 1.280
- Haupt- u. Werkrealschulen ¹⁾ / 400 / 370
- Realschulen ¹⁾ / 1.200 / 1.030
- Sonderpädagogik (wissenschaftliche Lehrkräfte) / 350 / 350
- Fachlehrer für musisch-technische Fächer / 100 / 40
- Fachlehrer/Technische Lehrer an SBBZ / 110 / 70
- Gymnasien ¹⁾ / 850 / 850
- Berufliche Schulen / 990 plus 50 reservierte Stellen als Steuerungsreserve / 960
- Insgesamt / 5.700 / 4.950

¹⁾ inklusive Einstellungen an Gemeinschaftsschulen

Übersicht über die Wirkung des Maßnahmenpakets gegen Lehrermangel

- Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen / 200 Personen / 176 Deputate
- Pensionäre in befristeten Verträgen / 320 Pensionäre / 104 Deputate

- „Ein-Fach-Lehrkräfte“ in befristeten Verträgen / 76 Lehrkräfte / 34 Deputate
- Sonstige geeignete Personen ohne Zugang zur Laufbahn eines Lehramtes in befristeten Verträgen (z.B: in VKL und VABO) / 871 Personen / 528 Deputate
- Vorzeitig aus Beurlaubung zurückkehrende Lehrkräfte / 95 Lehrkräfte / 42 Deputate
- Anträge auf Teilzeiterhöhung / 1.500 Lehrkräfte / 250 Deputate
- Abordnungen und Versetzungen aus dienstlichen Gründen / 1.480 - davon 60 Versetzungen
- Direkteinstieg berufliche Schulen / 163 Direkteinsteiger

#Schule #Grundschule #Haupt-/Werkrealschule #Realschule #Gemeinschaftsschule #Gymnasium
#Sonderpädagogik #Berufsschule

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/massnahmenpaket-gegen-lehrermangel-zeigt-wirkung>